

NDR Info Podcast

27.03.2021 /19.35-20.00 Uhr

STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN

28.03.2021 /12.35-13.00 Uhr

Andreas Flocken/Christoph Prössl

E-Mail: streitkraefte@ndr.de

www.ndr.de/streitkraefte

Themen:

- **SCHWERPUNKT**
Kaum Ostermarschierer - Friedensbewegung im Niedergang?
- **SICHERHEITSPOLITISCHE NOTIZEN**
 - Was wird aus dem KSK? Vorermittlungen gegen Kommandeur, weiterer Zwischenbericht
 - Mogelpackung? Startschuss für Freiwilligen Wehrdienst Heimatschutz
 - Großmacht-Träume? Großbritannien setzt auf militärische Stärke
 - Nach fünf Jahren technischer Probleme - Puma-Schützenpanzer besteht Einsatzprüfung

Abschrift Schwerpunkt

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Flocken:

Heute wollen wir uns intensiver mit der Friedensbewegung befassen. Wo steht sie heute? Ist sie zersplittert? Kann sie nicht mehr mobilisieren? Befindet sie sich im Niedergang? Also viele Fragen...

Prössl:

Unser Kollege Jerry Sommer hat sich in den letzten Wochen mit diesem Thema befasst und recherchiert. Und er ist uns jetzt aus Düsseldorf zugeschaltet.

Sommer:

Hallo Christoph, hallo, Andreas.

Prössl:

Ostern steht vor der Tür. Es gibt wieder Aufrufe der Friedensbewegung zu Ostermärschen. Doch wegen Corona sind solche Demonstrationen schwierig. Werden es also vor allem virtuelle Aktionen sein?

Sommer:

Es gibt schon jetzt virtuelle Aktionen. Man kann sein Foto hochladen auf eine Seite, um die Ostermarsch-Forderungen zu unterstützen. Aber es wird auch in über 90 Orten im Land reale Ostermarsch-Aktivitäten geben. Die sind jedenfalls geplant und bisher genehmigt. Oft sind Märsche allerdings auch abgesagt. Es wird aber Kundgebung und andere kreative Aktionen geben mit Abstandsregelung und Masken. Aber sicher - es werden unter den Corona-Bedingungen wohl viel weniger Leute daran teilnehmen als es sonst der Fall wäre.

Flocken:

Ja, aber auch ohne Corona - die Ostermärsche haben ja heutzutage nicht annähernd eine Breite und eine Unterstützung wie in früheren Jahren. Daher lass uns doch zunächst einmal zurückblicken. Wie sind die Ostermärsche eigentlich entstanden?

Sommer:

Also ich will noch früher ansetzen, wie die Friedensbewegung in Deutschland - und zwar vor allen Dingen in Westdeutschland - entstanden ist. Das war nämlich in den 50er Jahren. Nachdem die Bundesregierung die Bundeswehr mit Atomwaffen ausrüsten wollte, entstand eine starke Bewegung. 1958 nahmen zum Beispiel 1,5 Millionen Menschen an Demonstrationen in Westdeutschland teil. Zu diesen Demos hatten SPD, DGB, kirchliche und andere Friedensgruppen aufgerufen. Und das war sozusagen der Hintergrund vor dem ein paar Jahre später die Ostermarschbewegung begann. Die große Bewegung gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr zerfiel dann aber, weil die USA beschlossen hatten, keine Atomwaffen an die Bundeswehr auszuliefern.

Prössl:

Also als es um die Frage einer möglichen atomaren Bewaffnung der Bundeswehr ging, da sind viele Menschen auf die Straße gegangen. Aber warum wurde damals in den 50er Jahren noch nicht zu Ostern demonstriert? Wann kam das mit dem Osterfest dazu?

Sommer:

Die Ostermärsche - das ist eine Tradition, die aus Großbritannien sozusagen „eingeschleppt“ wurde. Dort fand nämlich Ostern 1958 ein erster Marsch von London ins 83 Kilometer entfernte britische Atomwaffenlaboratorium Aldermaston statt. Drei Jahre später begannen vor allem religiös motivierte und pazifistische Gruppen, Quäker und andere, auch in Deutschland Ostermärsche gegen Atomwaffen zu organisieren. Der erste fand in Norddeutschland 1961 statt. Viele Ostermärsche gab es dann mit einigen Tausend Teilnehmern, allerdings erstmals 1962 in Deutschland, also vor rund 60 Jahren. Dann kamen später Gewerkschafter, linke Sozialdemokraten, Mitglieder der verbotenen KPD und andere dazu. Es ging vor allem um Atomwaffen. Man muss sich vergegenwärtigen: damals wurden sogar noch überirdische Atomtest von den USA und der Sowjetunion durchgeführt. Aber immer mehr ging es bei den Ostermärschen auch gegen Waffen überhaupt. Um das mal zum Ausdruck zu bringen, habe ich in einem Archiv ein Lied gefunden. In diesem Lied hieß es damals:

O-Ton Lied:

„Marschieren wir gegen den Osten? Nein! Marschieren wir gegen den Westen? Nein! Wir marschieren für die Welt, die von Waffen nichts mehr hält, denn das ist für uns am besten!“

Prössl:

Wie muss ich mir das vorstellen? Das war aber schon eine kleinere Bewegung in den 50er Jahren, beziehungsweise 60er Jahren, als das, was man dann in den 80er Jahren gesehen hat, oder?

Sommer:

Auf jeden Fall. Der Höhepunkt der Ostermarschbewegung in den 1960er Jahren: das waren 300.000 Menschen in der damaligen Bundesrepublik. Da war schon die Themen Notstandsgesetze und Vietnamkrieg – außerdem sind Atomwaffen und Waffen hinzugekommen. Aber in den 80er Jahren, da waren ja 1981, 1982, 1983 jedes Jahr Millionen Menschen auf der Straße. Allein am 22. Oktober 1983 demonstrierten in Bonn, Berlin, Hamburg, Stuttgart, Ulm gleichzeitig 1,3 Millionen Menschen, und zwar gegen die geplante Stationierung von US-Atomraketen in der Bundesrepublik - gegen Pershing II und Crui-

se Missiles. Damals hatten sich in ganz vielen Orten, auch in kleineren Orten, in Stadtteilen, in Schulen und Hochschulen Friedensgruppen gebildet. Evangelische, katholische Christen, Jusos, Liberale, Kommunisten, Grüne, ja selbst CDU-Mitglieder und selbst ein General der Bundeswehr waren damals aktiv...

Flocken:

...Du meinst damit den General Gert Bastian, den ehemaligen Kommandeur der 12. Panzerdivision...

Sommer:

Ja, Bastian war der prominenteste deutsche Militär, der die NATO-Nachrüstung kritisierte. Aber es nahmen auch Soldaten in Uniformen an den Demonstrationen teil. Wir hatten damals ja noch die Wehrpflicht in Westdeutschland. Es bildete sich das sogenannte „Darmstädter Signal“, in dem sich Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr gegen die neuen Raketen engagierten. Am Ende, als die Bewegung immer stärker wurde, - am Ende, nicht am Anfang - war auch die SPD-Führung mit dabei und gegen die Stationierung. So hat zum Beispiel der damalige SPD-Vorsitzende Willy Brandt im Oktober 1983 vor 500.000 Demonstranten in Bonn gesprochen. Hören wir mal einen Ausschnitt aus seiner Rede.

O-Ton Brandt:

„Wir brauchen in Deutschland und in Europa, solange es steht, nicht mehr Mittel der Massenvernichtung, sondern weniger. Und deshalb sagen wir Nein zu immer mehr Atomraketen.“

Flocken:

Ja, Willy Brandt 1983. Er war gegen die Stationierung von US-Atomraketen in Mitteleuropa. Helmut Schmidt hatte aber als Bundeskanzler trotz Widerstands in der eigenen Partei die Stationierung der US-Atomwaffen auf den Weg gebracht. Die SPD war er in dieser Frage sehr gespalten und Helmut Schmidt wurde ja dann Ende 1982 durch Helmut Kohl als Regierungschef, als Bundeskanzler abgelöst. Es war damals auch von einem Doppelbeschluss der NATO die Rede. Das heißt, der Beschluss sah ja nicht nur die Nachrüstung, sondern auch Verhandlungen über die Atomraketen vor. Und damals war ja auch oft

von der doppelten Nulllösung die Rede. Für die Friedensbewegung war aber das Verhandlungsangebot der NATO nicht glaubwürdig, oder?

Sommer:

Es war weder glaubwürdig noch hielt die Friedensbewegung das für zielführend. Nur ein paar Monate nach diesem NATO-Doppelbeschluss haben zum Beispiel die USA abgelehnt, das schon ausgehandelte SALT-II-Abkommen über die Reduzierung strategischer Atomwaffen mit der Sowjetunion zu ratifizieren. Und es war die übereinstimmende Einschätzung in der Friedensbewegung, dass jegliche geplante Aufstellung neuer US-Raketen eine nukleare Abrüstung erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen würde.

Prössl:

Ich erinnere mich noch an den „Krefelder Appell“ von 1979 bis 1983. Über vier Millionen Unterschriften wurden gesammelt, die die Bundesregierung aufforderten, ihre Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen. Wie kann man vier Millionen Unterschriften sammeln? Das ist ja unfassbar...

Flocken:

...aber noch zum Stichwort „Krefelder Appell“: Von einem Abzug der SS-20 Raketen war meines Wissens in dem Appell überhaupt nicht die Rede. Und deswegen gab es ja oft auch den Vorwurf, die DKP oder DDR-nahen Gruppen hätten die Hand mit im Spiel...

Sommer:

Die Friedensbewegung wurde damals als fünfte Kolonne Moskaus angesehen - von ihren politischen Gegnern, vor allen Dingen von der CDU/CSU. Der Abzug der SS-20 war im „Krefelder Appell“ nicht drin, weil es um eine Forderung an die Bundesregierung ging. Darauf hatten sich diejenigen, die wie Gert Bastian oder Martin Niemöller oder auch DKP-nahe Leute geeinigt. Bei der Formulierung dieses „Krefelder Appells“ war das der Konsens. Aber man muss auch dazu sagen, bei den großen Demonstrationen ab 1981 war auch immer das Fernziel miterwähnt worden, ein atomwaffenfreies Europa zu schaffen.

Christoph hat mir aber noch eine andere Frage gestellt: Wie diese Größe der damaligen Friedensbewegung, wie das eigentlich möglich war. Und ich will da als allererstes mal sagen, dass man nicht vergessen sollte, auch in der DDR entwickelte sich damals unter den Fittichen der evangelischen Kirche eine unabhängige Friedensbewegung: „Schwerter zu Flugscharen“. Unter diesem Motto sammelten sich in Dresden 1983 zum Beispiel 5.000 Menschen, was für das autoritäre Regime in der DDR natürlich sensationell war - mit den Massen in der Bundesrepublik war das aber nicht zu vergleichen. Denn laut Umfragen in Westdeutschland waren damals 70 Prozent der Bundesbürger gegen die Stationierung von Pershing und Cruise Missiles. Ich habe die Historikerin Claudia Kemper von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte der Hamburger Universität interviewt und sie hat mir ihre Meinung dargelegt, wie es zu so einer einmaligen Breite der Bewegung kommen konnte. Dabei müsste man ihrer Meinung nach unbedingt auf die zehn Jahre zuvor schauen:

O-Ton Kemper:

„Mit den 68ern hat ja eine sehr breite Politisierung stattgefunden in der Bevölkerung. In den sozialen Bewegungen, Frauenbewegung, Umweltbewegung und was ist nicht alles gab, engagierten sich diese Menschen für konkrete Probleme vor Ort. Und das war die Ursuppe der Friedensbewegung, die wir dann ab 1981, bis dann 1983 auf dem Höhepunkt auf der Straße gesehen haben.“

Prössl:

Das heißt also, das eigentliche Thema - Atomwaffen, Rüstung, Angst vor dem Atomkrieg - das stand nicht im Zentrum dieser Bewegung? Kann man das so interpretieren?

Sommer:

Nein, ganz und gar nicht. Sie weist nur daraufhin, was vorher in den zehn Jahren passiert ist und dass es in den 70er Jahren - viel stärker als in den Jahrzehnten zuvor - Massenbewegungen auf der Straße gewesen sind. Die Anti-AKW-Bewegung hat sich entwickelt, es gab große Demos in Brokdorf, Gorleben, Wyhl. Und vor diesem Hintergrund hat sich dann sogar die grüne Partei formiert. Also - die geplante Nachrüstung, die Angst vor dem Atomkrieg, war tatsächlich entscheidend. Aber es gab eben diese Vorgeschichte. In diese Si-

tuation kam dann halt der NATO-Doppelbeschluss 1979, der dann vorsah, in drei bis vier Jahren neue zusätzliche Atomraketen in Westdeutschland zu stationieren. Und man muss noch mal dran erinnern: Es gab damals schon Tausende von US-Atomwaffen auf deutschem Boden - in der Bundesrepublik an 130 verschiedenen Stationierungsorten überall im Land. Und Hunderte, wenn nicht Tausende von Atomwaffen hatte die Sowjetunion in der DDR gelagert. Auch vor dem Hintergrund der Anti-Atom-Bewegung, das Wissen darüber, dass West- und Ostdeutschland, wenn es zum Atomkrieg käme, ausgelöscht wären, vielleicht sogar die ganze Welt, das verbreitete sich und führte auch dazu, dass nach dem NATO-Doppelbeschluss die Angst vor zusätzlichen Atomraketen sehr groß war.

Flocken:

Ja, und die Beziehungen zwischen dem Westen und der Sowjetunion waren ja auch damals denkbar schlecht und verschlechterten sich zusehends. 1980 war in den USA Ronald Reagan zum Präsidenten gewählt worden, 1979 hat die Sowjetunion in Afghanistan interveniert - aus diesem Grund boykottierten dann die westlichen Staaten die Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau...

Sommer:

Ja, und es stand eine neue Aufrüstungsrunde bevor. In dieser Situation, vor dem Hintergrund der schlechten Ost-West-Beziehung, wurde dieser Beschluss gefasst, Pershings in Westeuropa zu stationieren. Und das waren nicht irgendwelche Atomwaffen, sondern es waren zielgenaue, schnelle Raketen, die nur fünf Minuten brauchten, um Moskau zu erreichen. Also, es hätte kaum eine Vorwarnzeit gegeben, keine Zeit für irgendwelche diplomatischen Lösungen. Gleichzeitig rückte mit dieser neuen US-Administration von Reagan damals auch die Auffassung stärker in den Vordergrund, dass die USA durchaus in der Lage wären, einen Atomkrieg zu gewinnen. „Victory is possible“ - das war eine Auffassung innerhalb der Administration, wo man meinte, die Fähigkeit erreichen zu können, mit einem Erstschlag große Teile der sowjetischen Führungszentren und des Atomwaffenarsenals auszuschalten. Und solche Zusammenhänge haben natürlich eine breite Diskussion, auch in den deutschen Medien

gefunden und auch dazu beigetragen, dass man Sorge vor einem Atomkrieg hatte.

Flocken:

Und hinzu kam noch die Befürchtung, es könnte einen begrenzten Atomkrieg geben, weil die USA ja versuchen könnten, Europa von dem atomaren strategischen Potenzial - also von den strategischen Waffen - der USA abzukoppeln. Mancher sprach damals von einem Decoupling. Dabei war es aber genau das, was Helmut Schmidt mit seinem Plädoyer für die Nachrüstung verhindern wollte – eine Abkopplung. Aber die Angst vor einem Atomkrieg und der Widerstand gegen die Pershing-Stationierung war dann letztlich der gemeinsame Nenner der Friedensbewegung. Denn ansonsten war die Bewegung ja doch ziemlich heterogen...

Sommer:

Natürlich, in der Friedensbewegung gab es zu vielen Punkten völlig gegensätzliche Meinungen. Es gab Pazifisten, die die Bundeswehr abschaffen wollten. Es gab Kommunisten, die den Afghanistan-Krieg oder die Afghanistan-Intervention der Sowjetunion für eine Friedenstat hielten. Es gab NATO-Anhänger, es gab NATO-Gegner. Es gab Leute, die Geld sammelten für Waffen, für die Widerstandsbewegung in El Salvador. All diese unterschiedlichen Positionen wurden zurückgestellt und es gelang, eine konkrete Forderung in den Mittelpunkt zu stellen, nämlich, dass die Stationierung von Pershing II in der Bundesrepublik verhindert werden müsste. Und ich glaube, das ist auch eine Voraussetzung dafür gewesen, dass die Friedensbewegung solch einen Massenerfolg erreichen konnte, dass man sich auf eine Forderung konzentrieren konnte.

Prössl:

Mich würde mal interessieren, Deine Einschätzung: Ab 1983 wurden dann die US-Atomwaffen in der Bundesrepublik und anderen europäischen NATO-Ländern stationiert. Muss man also sagen, die Friedensbewegung ist da gescheitert?

Sommer:

Klar, die Forderung nicht zu stationieren - damit war die Friedensbewegung erst einmal gescheitert. Aber vier Jahre später schlossen die USA und die Sowjetunion einen Vertrag ab, den sogenannten Mittelstreckenraketenvertrag. Mit dem verschwanden die Pershings und die Cruise Missile und die SS-20 und andere landgestützte Atomwaffen. Wäre das ohne die Friedensbewegung in Deutschland und auch in den anderen NATO-Staaten möglich gewesen? Die Aktivisten von damals jedenfalls sind überzeugt, dass die Friedensbewegung etwas dazu beigetragen hat. Ich habe zum Beispiel mit Ulrich Frey gesprochen. Er ist Jahrgang 1937, war lange Zeit in der evangelischen Kirche und ihren Organisationen für Frieden, Entwicklung und Versöhnung aktiv - und gehörte 1981 zu den Organisatoren der ersten großen Friedensdemonstration. Seine Einschätzung über die Fernwirkung der Friedensbewegung:

O-Ton Frey:

„Diese Arbeit hat dann auch politisch dazu beigetragen, dass in der Sowjetunion, die Führung gesehen hat: da in Westdeutschland passiert etwas, da sind Kräfte am Werk, die wollen die Entspannung, die wollen die Abrüstung.“

Sommer:

Daraus schlussfolgert Ulrich Frey, dass das dazu beigetragen hätte, Gorbatschow dazu zu bringen, einen Kurswechsel zu vollziehen und so die Eliminierung aller landgestützten Mittelstreckenraketen in dem INF-Vertrag zu ermöglichen.

Flocken:

Die Friedensbewegung sagt, sie habe dazu beigetragen, dass der INF-Vertrag ermöglicht wird. Und dass es letztlich dann auch zu dieser Vereinbarung gekommen ist, die dann die Verschrottung der Pershing II und der SS 20 ermöglicht hat.

Das kann man aber auch genau umgekehrt sehen. Denn mancher sagt heute, wenn die NATO damals eingeknickt wäre vor der Friedensbewegung und den Massendemos der Friedensbewegung nachgegeben hätte und auf eine Stationierung verzichtet hätte, dann hätte die Sowjetunion weiter an ihren SS-20-Mittelstreckenraketen festgehalten. Da kann man natürlich auch Fragen:

Schmückt sich die Friedensbewegung da nicht möglicherweise mit fremden Federn? Denn der NATO-Beschluss von 1979, wir hatten das eben schon mal erwähnt, war zugleich ein Doppelbeschluss. Er sollte neue Raketen stationieren, zugleich wurde aber Moskau ein Angebot gemacht, über diese Raketen zu verhandeln - auch über die neu aufgestellten sowjetischen SS 20-Raketen. Also noch einmal das Stichwort: Doppelte Nulllösung. Und die Nachrüstung hat ja dann diese Verhandlung erst möglich gemacht. Moskau hatte sie zunächst immer wieder abgelehnt. Erst dadurch kam es letztlich zum INF-Vertrag von 1987 - so könnte man das auch sehen. Also eine Vernichtung der Atomwaffen, trotz der Proteste der Friedensbewegung und nicht wegen der Demonstration, oder?

Sommer:

Also sicher gibt es viele Gründe, die diese Entwicklung zum Mittelstreckenraketenvertrag hervorgebracht haben. Aber ich glaube schon, dass man mit gutem Recht sagen kann, dass die sehr breite Friedensbewegung in den NATO-Ländern und den eben auch den USA das Meinungsklima beeinflusst hat und damit auch dazu beigetragen hat, die nukleare Abschreckungsstrategie der NATO in Frage zu stellen und damit auch dazu beigetragen hat, diejenigen Kräfte sozusagen zurückzudrängen, die innerhalb der NATO und innerhalb der USA diese neuen US-Atomwaffen auf jeden Fall wollten - ganz egal, ob es SS-20 gibt oder nicht - wegen ihrer Erstschlagsstrategie. Und auf der anderen Seite, glaube ich, kann man auch zu Recht sagen, dass in der Sowjetunion Gorbatschow mit seinem neuen Denken sich auch deshalb durchsetzen konnte, weil die Angst vor einer aggressiven NATO-Politik auch wegen der starken Friedensbewegung im Westen zurückgegangen war. Das ermöglichte ihm Sicherheit politisch zu definieren und nicht mehr vor allem militärisch, also Rakete gegen Rakete aufzurechnen. Deshalb hat er auch darauf verzichtet, die britischen und französischen Atomwaffen oder auch die seegestützten US-Atomwaffen mitzurechnen und alle landgestützten Mittelstreckenraketen zu vernichten.

Prössl:

Über 30 Jahre später ist der INF-Vertrag Geschichte. Die Friedensbewegung von heute ist mit dem Ausmaß der Friedensbewegung von damals nicht zu

vergleichen. Ich frage mich. Woran liegt das eigentlich? Also auch an dem Ende des Ost-West-Konfliktes? Nach dem Fall der Mauer hat diese Entwicklung und dann auch die Friedensdividende nicht auch gravierende Auswirkungen auf die Friedensbewegung gehabt? - Denn die Bedrohung war ja nun weg, Deutschland war in den 90er Jahren von Freunden umzingelt, wie es damals auch gesagt wurde...

Sommer:

Ja, natürlich. Die Friedensbewegung bewegte sich viel weniger nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation. 2003 gab es wieder einen großen Aufschwung gegen den US-Krieg im Irak. Aber ansonsten dümpelte sie so dahin.

Prössl:

Wie ist die Friedensbewegung heute aufgestellt?

Sommer:

Es gibt mehrere lose zentrale Koordinationsstellen, zum Beispiel das „Netzwerk Friedenskooperative“, es gibt in allen Bundesländern und vielen Orten Menschen, die gemeinsam Friedensaktivitäten organisieren. Es gibt Pax Christi, es gibt die Kriegsdienstverweigerer-Organisation und die Themenfelder sind breit gestreut. Das kann man aus den verschiedenen regionalen Aufrufen zu den Ostermärschen sehen. Ich habe mit Kristian Golla gesprochen. Der arbeitet seit vielen Jahren in dem „Netzwerk Friedenskooperative“ und er nennt in einem Interview mit mir die wichtigsten Themen und Forderungen:

O-Ton Golla:

„Es geht um Atomwaffen. In diesem Jahr ist natürlich der Beitritt der Bundesrepublik zum erst kürzlich ratifizierten Atomwaffenverbotsvertrag im Mittelpunkt. Es sind Themen dabei: Abrüsten statt Aufrüsten. Also brauchen wir noch mehr Geld in der Rüstung? Dieses vermeintliche Zwei-Prozent-Ziel und natürlich Themen wie Rüstungsexporte.“

Sommer:

Thema Rüstungsexporte: da wird in vielen Ostermarschaufrufen ein Ende mindestens von allen Rüstungsexporten in Krisengebieten gefordert.

Flocken:

Aber wie in den vergangenen Jahren wird auch diesmal der Zulauf wohl sehr bescheiden sein - zumal ja die Pandemie alles noch viel schwieriger macht. Und eine zentrale Kundgebung wird es wohl auch nicht geben.

Sommer:

Nein, zentrale Kundgebung gab es bei den Ostermärschen noch nie. Also das waren ja immer regionale Wanderungen, Märsche, Kundgebungen. Natürlich kann man unter den Corona-Bedingungen an der Beteiligung, was jetzt nächste Woche passieren wird, nicht die Größe der Friedensbewegung abmessen. Genauso wie man nicht an den Klimaaktivitäten am 19.3. die Größe der „Fridays for Future“-Bewegung abmessen konnte. Aber es werden auch Friedensaktivitäten im Rahmen der Ostermärsche stattfinden. Und ich möchte auch darauf hinweisen, es wird an verschiedenen Orten mit verschiedenen Ansatzpunkten darüber hinaus im Laufe des Jahres Aktivitäten geben. Ulrich Frey, der in der evangelischen Kirche aktiv ist, hat zum Beispiel auf ein neues Papier der badischen Landeskirche „Sicherheit neu denken“ hingewiesen. Und er geht davon aus, dass die Frage der Nuklearwaffen auch nach wie vor eine zentrale Frage ist, weil man auch mit den heute noch 14.000 Atomwaffen die Welt noch mehrfach in die Luft sprengen könnte. Deshalb engagiert er sich, wie andere christliche Friedensgruppen, besonders dafür, dass die in Rheinland-Pfalz, in Büchel gelagerten 20 US-Atombomben abgezogen werden. Ulrich Frey:

O-Ton Frey:

„Wir haben in Büchel schon nach dem Atomwaffenverbotsvertrag zwei kirchliche Aktionstage gehabt, mit bis zu 1.000 Teilnehmenden. Und wir werden jetzt im Juli 2021 wieder einen solchen Aktionstag machen und da erwarten wir wieder sehr viel Teilnehmende. Dieses Jahr wird der Bischof Kohlgraf aus Mainz von Pax Christi sprechen.“

Sommer:

Und ich möchte noch eine andere regionale Initiative erwähnen: In Hamburg ist begonnen worden, Unterschriften zu sammeln, um per Volksentscheid jeglichen Rüstungsexport aus dem Hamburger Hafen zu verbieten.

Prössl:

Das ist ja interessant, wenn man sich das anschaut, weil man den Eindruck gewinnen kann, da sind heute eigentlich sehr viele Forderungen, die formuliert worden sind und dass das deutlich anders ist als in den 80er Jahren. Du hast das eben ausgeführt, wo man sich doch auf ganz zentrale Themen einigen konnte. Ist das vielleicht auch das Problem, warum heute die Friedensgruppen mit ihren Forderungen nicht mehr so in die Öffentlichkeit dringen können?

Sommer:

Ich glaube, auf jeden Fall ist diese Vielfalt ein Problem. Aber es hat natürlich auch noch andere Gründe. Wenn man sich zum Beispiel anguckt, dass die Aufrüstung weltweit zunimmt und auch die USA und Russland neue Atomwaffen entwickeln, ist es trotzdem so, dass die Gefahr für Deutschland, oder die ganze Welt, in einem vernichtenden Atomkrieg zerstört zu werden, geringer ist. Und insofern ist auch die Angst geringer. Was du angesprochen hast, Christoph, die Vielfalt der Themen hat natürlich auch Auswirkungen auf die Mobilisierungsfähigkeit. Und darauf weist auch die Historikerin Claudia Kemper von der Forschungsstelle Zeitgeschichte der Uni Hamburg hin:

O-Ton Kemper:

„Die Bedrohungslage ist viel vielfältiger geworden und lässt sich nicht mehr so auf einen Nenner bringen, dass es eben die Atomwaffen sind. Und wenn man für eine Bewegung nicht ein konkretes Ziel benennen kann, ist es schwierig, Leute zu mobilisieren, die Vielfalt macht es eben schwierig.“

Flocken:

Ja klar, die Mobilisierung der Menschen ist in der Tat erheblich schwieriger geworden. Auch weil es sehr unterschiedliche Meinungen gibt zum Syrienkrieg, zum Afghanistaneinsatz der Bundeswehr, zur Krim-Annexion durch Russland et cetera. Die Frage ist aber: Wie geht die Friedensbewegung damit um?

Sommer:

Solchen Meinungsverschiedenheiten sind ja nichts Neues. Also auch in den 1980er Jahren gab es unterschiedliche Haltung, zum Beispiel zur Afghanistan-Invasion der Sowjetunion. Damals hat man solche Meinungsverschiedenheiten

ausgeklammert und das ist heute auch nicht anders. Die Aussagen zum Syrien- oder zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr, die habe ich in den meisten Ostermarschauftufen nicht gefunden. Es gibt aber einige zentrale Punkte, auf die man sich einigt...

Flocken:

Einige zentrale Punkte - welche Punkte sind denn das?

Sommer:

Also das sind vor allem vier Dinge: Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben, sondern Abrüstung. Zweitens Unterstützung des Atomwaffenverbotsvertrages, also raus mit den US-Atomwaffen aus Deutschland, kein Ankauf neuer atomwaffenfähiger Kampfflugzeuge für die Bundeswehr. Drittens keine Rüstungsexporte in Krisengebiete und autoritäre Staaten. Und schließlich viertens auch keine bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr.

Prössl:

Es gibt ja diesen Frankfurter Appell. „Abrüsten, statt Aufrüsten“ wird da gefordert. Mancher sieht darin schon den Versuch, an den erwähnten Krefelder Appell der 1980er Jahre gegen die NATO-Nachrüstung anzuknüpfen. Passt das oder ist das zu weit hergeholt?

Sommer:

Also ja und nein, würde ich sagen. Ja, es passt, weil die Forderung, die deutschen Rüstungsausgaben nicht weiter zu erhöhen, in Richtung dieses Zwei-Prozent-Ziels der NATO. Das würde zusätzlich 30 Milliarden Euro für die Bundeswehr bedeuten. Das steht im Mittelpunkt. Und das hat der Frankfurter Appell vielleicht auch besonders zentral in den Mittelpunkt gestellt, weil sie meinen, dass soziale, ökologische und natürlich im Moment auch gesundheitliche Belange viel wichtiger sind, dafür Geld auszugeben als für die Rüstung. Und dieser Appell hat schon eine relativ breite Unterstützung. Zu den Erstunterzeichnern gehört der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann, Vertreter von Greenpeace, der „Bund Umwelt und Naturschutz“, Naturfreunde, Bundesjugendring, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Welthungerhilfe sowie Politikerin von Grünen,

Linken SPD, zum Beispiel Gesine Schwan, die Vorsitzende der Grundwertekommission der SPD, und natürlich Vertreter der Friedensbewegung. Das hat schon eine relativ breite Unterstützung. Allerdings: Der Krefelder Appell hatte vier Millionen, heute hat der Frankfurter Appell bisher 180.000 Unterschriften. Das können vielleicht noch mehr werden. Aber ich glaube nicht, dass er ein solches Ausmaß erreichen wird wie damals der Krefelder Appell.

Flocken:

In der Tat - das ist schwer vorstellbar. Aber anders als früher hat die Friedensbewegung ja auch in der Gesellschaft erheblich weniger Rückhalt. Sie hat an Rückhalt verloren. Kann man vor diesem Hintergrund eigentlich noch von einer „Friedensbewegung“ sprechen?

Sommer:

Ich glaube schon, es gibt organisierte Kreise, sei es in den Kirchen, sei es pazifistische Kreise, sei es Zusammenhänge unterschiedlicher Leute auf regionaler und bundesweiter Ebene. Aber sie sind natürlich nicht so zahlreich wie früher. Man muss auch sehen, dass diese kleinere Friedensbewegung immer noch in die Politik hineinwirken kann, dass es ihr gelingt, zum Beispiel, dass die Grünen in ihrem Entwurf zum Bundestagswahlprogramm vor kurzem erst das Zwei-Prozent-Ziel abgelehnt haben. Die SPD hat auch schon Kritik daran geübt - und die Linke fordert sogar die Kürzung der Rüstungsausgaben.

Prössl:

Hat sich vielleicht auch in der öffentlichen Debatte die Wahrnehmung verschoben, was die größte Bedrohung ist? Also wir haben ja eine außerparlamentarische Bewegung heute, die trotz Corona-Beschränkungen auch auf die Straße geht: Fridays for Future. Kann man sagen, dass da jetzt Kräfte gebunden werden oder die Leute das als gefährlichere Bedrohung sehen und sich deswegen lieber dort engagieren?

Sommer:

Ja, ich glaube, es ist völlig eindeutig, dass der Klimawandel von den meisten als Bedrohung Nummer eins gesehen wird. Aber die Themen Klima und Frie-

den haben eine Reihe von Berührungspunkten. Und deshalb antwortete eine Sprecherin der Fridays for Future, die 20-jährige heutige Studentin Helene Marshall, in einem Telefoninterview mit mir auf die Frage, wie Fridays for Future zu der Forderung nach einer nicht Erhöhung der Rüstungsausgaben stehe, folgendes:

O-Ton Marshall

„Wir als Fridays for Future haben jetzt erst mal keine Position dazu. Wir sehen, dass Klimaschutz teuer ist. Klima ist natürlich auch immer noch eine finanzpolitische Frage. Wo stecken wir als Gesellschaft unser Geld rein? Wo investieren wir? Und investieren wir gerade eher in Krieg und in Waffen? Oder investieren wir in einen resilienteren Umbau, in den Klimaschutz. Für mich ist die Antwort da sehr, sehr klar.“

Flocken:

Ja, also die jungen Leute haben hier ganz klare Prioritäten. Klimaschutz hat eindeutig Vorrang, und die jungen Menschen sind ja in der Bewegung Fridays for Future aktiv. Für die Friedensbewegung lassen sie sich offenbar nicht so richtig begeistern.

Sommer:

Nun, es ist natürlich viel schwieriger, sich in einer Friedensbewegung heute zu engagieren, selbst, wenn man, wie Helene Marshall sagte, diese Forderung zum Beispiel, keine Erhöhung der Rüstungsausgaben, für richtig hält. Es bedeutet eben noch nicht, dass man sich auch an solchen Aktivitäten beteiligt. Die Friedensbewegung bemüht sich um mehr Zusammenarbeit. Und punktuell - wie in dieser Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“ – gibt es schon Kontakte und da wird bereits die Zusammenarbeit zwischen Fridays for Future und der Friedensbewegung sichtbar. Das hat Helena Marshall mir auch berichtet. Inhaltlich sieht sie auch Zusammenhänge:

O-Ton Marshall:

„Wir wissen ja weltweit, dass die Klimakrise eine zunehmende Bedrohung für Sicherheit und Frieden darstellt. Nicht nur verstärkt die Klimakrise zum Beispiel Konflikte über Ressourcen, sondern auch ganz viele Menschen müssen aufgrund der Klimakrise aus ihrer Heimat fliehen.“

Prössl:

Wenn man jetzt mal Fridays for Future vergleicht mit der Friedensbewegung heute - wie es da deine Einschätzung? Muss man nicht sagen, die Friedensbewegung heute ist eher klein, unbedeutend, erfolglos?

Sommer:

Zweifellos ist die Klimabewegung auf der Straße und auch in den Medien ungleich stärker präsent. Aber die Friedensbewegung sagt, dass sie in den Jahren vor der Corona-Pandemie bei den Ostermärschen zum Beispiel wachsende Teilnehmerzahlen hatte. Zu vielen Älteren sind nun auch jüngere hinzugekommen. Und das stimmt die Aktivisten in der Friedensbewegung optimistisch. Meiner Meinung nach ist es auch nicht richtig, generell von einer Erfolgslosigkeit der Friedensbewegung zu sprechen. Wenn man sich zum Beispiel anguckt, dass in Umfragen die Mehrheit der Befragten für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland ist - das ist doch auch eine Fernwirkung oder eine aktuelle Wirkung der Friedensbewegung, auch wenn sie klein ist. Und ein anderes Beispiel: Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Rolf Mützenich, hat die nukleare Teilhabe Deutschlands in Frage gestellt. Auch das ist doch eine Wirkung der kleinen Friedensbewegung. Und Kristian Golla vom „Netzwerk Friedenskooperative“ schätzt auch einen weiteren Punkt als Erfolg der Friedensbewegung ein:

O-Ton Golla:

„Dass wir es geschafft haben, in der SPD doch noch einmal ein Nachdenken über die bewaffneten Drohnen in Gang zu setzen, sodass die Abstimmung im Bundestag vor der Bundestagswahl ausgesetzt werden musste. Das sind kleine Erfolge.“

Flocken:

Naja, ob dieser Schwenk vor allem ein Ergebnis der Friedensbewegung war? Da würde mancher sicher noch ein Fragezeichen setzen. - Aber sicher: der Eindruck bleibt, dass sich die neue SPD-Führung im Wahljahr vor allem auch als Friedenspartei präsentieren möchte. Man will sich wohl auch von der Union absetzen ...

Sommer:

Ja, sicher spielen bei der SPD auch wahltaktische Überlegungen eine Rolle. Aber wenn man sich so absetzt von der CDU, dann hofft man damit, Stimmen zu gewinnen. Und zu dem politischen Klima, indem man mit einer Ablehnung - oder zumindest einer Verschiebung - einer drohenden Entscheidung meint, Stimmen gewinnen zu können, da spielt die Friedensbewegung meiner Meinung nach durchaus eine gewisse Rolle. Die trägt zu einem Meinungsklima bei, auch wenn sie relativ klein ist. Im Bundestagswahljahr wird sie versuchen, ihre Forderung in die politische Diskussion verstärkt einzubringen.

Prössl:

Jerry, vielen Dank für Deine Recherche. Das Interview mit Kristian Golla vom Netzwerk Friedenskooperative findet Ihr/finden Sie auf unserer Internetseite ndr.de/streitkraefte. Außerdem findet Ihr/finden Sie in den Shownotes den Wortlaut des Krefelder Appells und natürlich auch den Frankfurter Appell sowie andere interessante Links.